

Der Schatten des Maoismus

In China steht im November 2012 ein politischer Führungswechsel an. Die Fraktionskämpfe um politischen Einfluss, die hinter den Kulissen stattfinden, verweisen dabei auf den problematischen Umgang mit der maoistischen Vergangenheit.

VON DANIEL LEESE

IM NOVEMBER 2012 blicken politische Beobachter aus aller Welt gespannt nach Peking. Anlass ist der 18. Parteitag der 1921 in Shanghai gegründeten Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), auf dem die politischen Führungsgremien der Partei neu besetzt werden. Nach zehn Jahren treten Parteichef Hu Jintao (geb. 1942) und Ministerpräsident Wen Jiabao (geb. 1942) von ihren Ämtern zurück und übergeben die Führung des Landes an die so genannte fünfte Generation. Es wird allgemein erwartet, dass die seit Jahren zu Nachfolgern aufgebauten Parteikader Xi Jinping (geb. 1953) und Li Keqiang (geb. 1955) an ihre Stelle treten werden. Nach dem noch von Deng Xiaoping (1904–1997) verfügten Wechsel von Jiang Zemin (geb. 1926) auf Hu Jintao im Jahr 2003 wird es damit aller Voraussicht nach zum zweiten Mal zu einer geregelten innerparteilichen Machtübergabe kommen. Die Schwachstelle aller kommunistischen Parteidiktaturen, die Nachfolgeproblematik, wird so erneut erfolgreich behoben.

Mitglieder der „Viererbande“ und der „Lin Biao-Clique“ werden propagandistisch durch das neue Strafrecht zerquetscht (1981).

Fraktionskämpfe

Auf dem 18. Parteitag sind keine Kampfabstimmungen um politische Führungsämter zu erwarten. Vielmehr dient der Kongress der Demonstration von Einigkeit und Zusammenhalt. Das politische Tauziehen um Einfluss und Ämter, das auch in der KPCh mit aller Härte ausgefochten wird, findet in den Monaten zuvor statt, wenn in langen Diskussionen in der Parteispitze und in Kandidatenscreenings durch eine der am wenigsten bekannten Schaltstellen des kommunistischen Machtapparats, die Zentrale Organisationsabteilung, Kompromissmöglichkeiten zwischen den maßgeblichen Gruppen in der Partei ausgelotet werden.

In der KPCh gilt in stalinistischer Tradition ein Fraktionsverbot. Dennoch gibt es eine Vielzahl von Netzwerken und Seilschaften, die sich an gemeinsamen geographischen, organisatorischen oder persönlichen Hintergründen orientieren. Hu Jintao etwa gilt als Kopf der „Jugendliga“-

Fraktion und der künftige Ministerpräsident Li Keqiang als sein Zögling. Hus Nachfolger Xi Jinping hingegen steht sowohl für die Gruppe der „Prinzlinge“, der Söhne hochrangiger Parteikader, als auch symbolisch für das Erbe der Reformpolitik. Xis Vater war Xi Zhongxun (1913–2002), ein prominenter Parteikader der ersten Generation und „Erfinder“ der chinesischen Sonderwirtschaftszonen. Xi Jinping gilt als weltgewandt und umgänglicher als der hölzern wirkende Hu Jintao. Bislang ist jedoch über seine Ehe mit einer prominenten Schlagersängerin mehr bekannt als über seine politischen Ansichten.

Der Schrecken der Kulturrevolution

Persönliche Profilierung bedeutet in einem System, das auf Uniformität und die Allmacht der Partei setzt, potentielle Gefahr und Instabilität.



人民檢察 (内部刊物)
1981年特刊(总第157期)
1981年2月出版

北京市



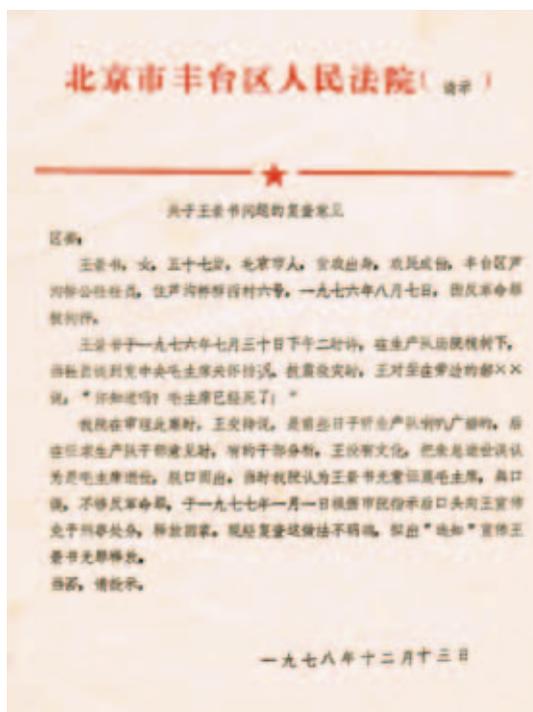
作者 范立夫

编辑者：人民检察编辑委员会
印刷者：解放军报社印刷厂
发行者：最高人民检察院办公厅

期刊登记证716号

Dies wurde der erstaunten Weltöffentlichkeit im März 2012 vor Augen geführt, als der Kopf der Parteilinken und ebenfalls als Anwärter auf höchste Parteiwürden gehandelte Bo Xilai (geb. 1949) seiner Ämter enthoben und kurz darauf seine Frau aufgrund der Ermordung eines britischen Geschäftsmannes zur „bedingten Todesstrafe“ verurteilt wurde. Ungeachtet seiner möglichen Verstrickung in den Mordfall war der Anlass für Bo Xilais Sturz parteiinterner Natur: Er hatte sich in maoistischer Tradition als charismatischer Volkstribun inszeniert, der sich insbesondere für die Verlierer der Reformpolitik einsetzte und für Recht und Ordnung zu sorgen versprach. Gleichzeitig baute er einen eigenen Stab von Getreuen auf, der auch Telefonate höchster Parteiführer abgehört haben soll. Als Parteimitglied untersteht Bo Xilai nicht den chinesischen Justizbehörden, sondern sein Fall wird klandestin von der Zentralen Disziplinarkontrollkommission überprüft, so dass wenige Erkenntnisse über die genauen Hintergründe zu erwarten sind.

Unmittelbar vor Bekanntwerden von Bo Xilais Sturz hielt Ministerpräsident Wen Jiabao im März 2012 eine denkwürdige Rede, in der er davor warnte, das Erbe der Reformpolitik zu verspielen. Ohne weitergehende politische Reformen, so Wen, könnten sich „historische Tragödien“ wie die Kulturrevolution (1966–1976) erneut ereignen. Wen führte seine Anspielung nicht weiter aus und stellte keine direkte Verbindung zu Bo Xilai her, aber allein der Begriff „Kulturrevolution“ reicht aus, um kommunistischen Parteikadern einen Schauer über den Rücken laufen zu lassen. In einem politisch einmaligen Experiment hatte Mao Zedong (1893–1976), gestützt auf seine charismatische Autorität, die Jugend zur Zerstörung des kommunistischen Parteiapparates aufgerufen, um mit einer weniger bürokratischen, direkteren Herrschaftsform zu experimentieren. Die Phase des Machtvakuumms dauerte jedoch nur kurze Zeit. Bereits 1967 setzte Mao auf die Macht des Militärs, um die staatliche Ordnung wiederherzustellen. Die Geister der Anarchie ließen sich jedoch nicht unmittelbar wieder einfangen, und es folgte ein landesweiter Bürgerkrieg, der erst Ende 1968 weitgehend beendet werden konnte. Politische Verfolgungen und Kampagnenjustiz charakterisierten auch die letzten Lebensjahre des alternden Diktators.



Revision eines Konterrevolutionsurteils durch ein Peking-Bezirksgericht aus dem Jahr 1978.

DER AUTOR

JunProf. Daniel Leese, Ph. D., ist Mitglied des Förderkollegs der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und leitet das Projekt „Zwischen Revolution und Reform. Übergangsjustiz und Herrschaftslegitimation in der VR China“. Seit 2012 hat er eine Juniorprofessur für Geschichte und Politik des modernen China an der Universität Freiburg inne. Er ist Autor von „Mao Cult: Rhetoric and Ritual in China’s Cultural Revolution“ (Cambridge UP 2011) sowie Herausgeber von „Brill’s Encyclopedia of China“ (Brill 2009).

Posthume Rehabilitationsurkunde aus dem Jahr 1983 (Kreis Hechi, Provinz Guangxi), die eine Entschädigungsleistung in Höhe von 220 Yuan für Begräbniskosten und Pensionsansprüche genehmigt.

Vergangenheitspolitik

Die Furcht vor charismatischen Führungspersönlichkeiten und Verlust der eigenen Macht zählt seit dieser Zeit zu den prägendsten Erfahrungen der Parteiführung. Unmittelbar nach Maos Tod im Jahr 1976 wurde die so genannte „Viererbande“ um Maos Frau Jiang Qing als Anstifter der Kulturrevolution festgenommen. Mao Zedong wurde in einer Resolution zur Parteigeschichte als Hauptverantwortlicher für diese Abweichung vom „korrekten“ kommunistischen Entwicklungspfad benannt. In seinem Falle habe es sich aber, anders als bei der Viererbande, um politische Fehleinschätzungen, nicht um kriminelle Vergehen gehandelt. Seine Leistungen für Partei und Staat wögen schwerer als seine späteren Verirrungen. Eine Ent-Maoisierung hätte die KPCh fraglos ihres zentralen Gründungssymbols beraubt. Nicht zuletzt deshalb wurde scharf zwischen Fehlern und Verbrechen unterschieden.

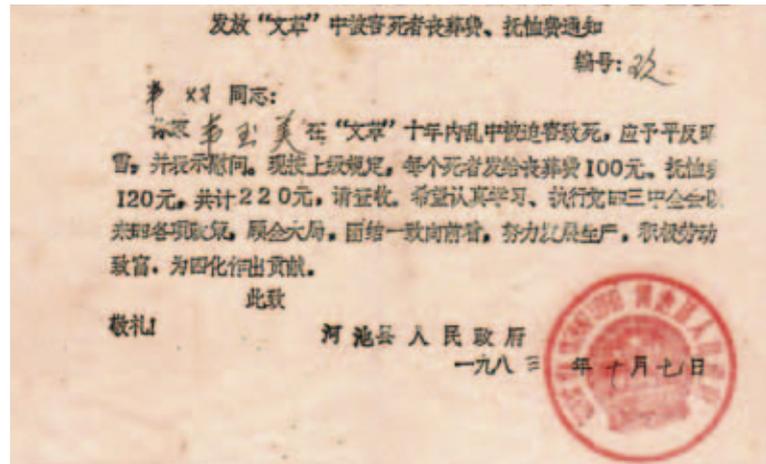
Der „Viererbande“ hingegen wurde 1980/81 öffentlich der Prozess gemacht. Vor einem Sondertribunal, das vom Beispiel der Nürnberger und Tokioter Kriegsverbrecherprozesse inspiriert war, wurden die Angeklagten zu hohen Haftstrafen verurteilt. Der Prozess fungierte als symbolische Abkehr von der zumeist mit dem Begriff „Rechtsnihilismus“ umschriebenen Willkürherrschaft der Kulturrevolution. Er sollte die Bedeutung von Gesetzen und Verfahrensregeln für den Aufbau eines „sozialistischen Rechtsstaates“ demonstrieren und wurde daher medial verbreitet und in vielfältiger Form didaktisch eingesetzt.

Der Umgang mit dem Erbe des Maoismus in der Reformperiode ist von besonderem Interesse, weil es sich um einen der wenigen Fälle eines fundamentalen politischen Paradigmenwechsels in sozialistischen Parteidiktaturen handelt. Es kam nach 1978 zu einem radikalen Kurswechsel, nicht aber zu einem Regimesturz. Angesichts der maoistischen Schreckensherrschaft mit Opferzahlen im hohen zweistelligen Millionenbereich ist es keine Selbstverständlichkeit, dass die kommunistische Parteidiktatur bis heute andauert. Es gelang der Partei jedoch, die Schuld für die Kulturrevolution einer kleinen Gruppe von Sündenböcken zuzuschreiben und sich selbst als Garant für eine Politik des „Nie Wieder“ darzustellen. Somit bewahrte die Partei nicht nur ihr Herrschaftsmonopol, sondern sie instru-

mentalisierte die Abkehr von Kulturrevolution und charismatischer Herrschaft für den eigenen Machterhalt.

Die Furcht vor dem Machtverlust

Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit erfolgte jedoch nicht nur auf symbolischer Ebene. Das Jahr 1978 markiert auch den Anfang einer in der Wissenschaft bislang kaum beachteten juristischen und administrativen Auseinandersetzung mit dem Erbe der maoistischen Ära. Millionen von Altfällen wurden überprüft und zahlreiche Opfer politischer Kampagnen rehabilitiert. Teilweise wurden auch Entschädigungszahlungen geleistet und Besitzansprüche auf enteignete Objekte neu verhandelt. Die Fallrevisionen trugen, gemeinsam mit der wirt-



schaftlichen Liberalisierung und der Beendigung der Klassenkampfrhetorik, erheblich zur Stabilisierung der Parteiherrschaft bei.

Eine öffentliche Diskussion und kritische wissenschaftliche Bestandsaufnahme der maoistischen Verbrechen ist in der VR China bis heute jedoch nur innerhalb enger Grenzen möglich. Dies liegt zum einen an der Selektivität der Geschichtsaufarbeitung: Während Mitglieder des alten Partiestablishments, die in der Kulturrevolution in die Kritik geraten waren, beinahe ausnahmslos rehabilitiert wurden, setzte sich die Verfolgung der als „radikal“ eingestuften kulturrevolutionären Aufständischen bis in die späten 1980er Jahre fort. Überdies zeigten sich nur zu bald Kontinuitäten zwischen alter und neuer Parteidiktatur. Kritiker des Regimes, die für eine Demokratisie-

zung Chinas eintraten, wurden bereits ab 1979 zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, nun auf Basis des im Strafrecht verankerten Vergehens der „Konterrevolution“ (seit 1997: „Anstiftung zum Umsturz der Staatsgewalt“).

Der Schatten des Maoismus lastet, wie die eingangs zitierten Ausführungen von Wen Jiabao deutlich machen, bis heute auf der KPCh. Das Schreckensbild der Kulturrevolution und die wirtschaftlichen Erfolge der Reformpolitik haben den Konsens befördert, dass nur mittels geordneter Generationswechsel innerhalb der KPCh nach jeweils zwei Amtsperioden eine Perpetuierung der Diktatur möglich ist. Um die Legitimationsgrundlagen der Parteiherrschaft nicht zu gefährden, wird eine genauere Analyse der Verstrickungen von Parteimitgliedern auf unterschiedlichsten Ebenen in die Verbrechen der Kulturrevolution unterbunden. Überdies soll verhindert werden, dass die Kulturrevolution mit ihrer anti-elitären und bürokratiefeindlichen Ausrichtung eine partielle Neubewertung erfährt und als Gegenmodell zur gegenwärtigen Selbstbereicherung der Parteinomenklatura fungiert.

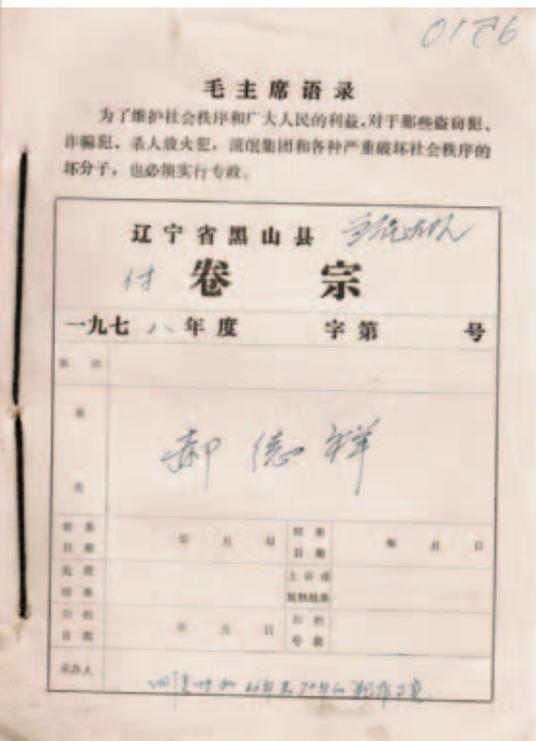
Die kommende Führungsgeneration der KPCh ist maßgeblich während der Kulturrevolution als „Rotgardisten“ sozialisiert worden. Eine Bereitschaft zur vertieften Auseinandersetzung mit der Geschichte lässt sich derzeit jedoch nicht erkennen. Komplexere Erklärungsansätze werden in der Öffentlichkeit nicht geduldet, die Archive

Akademientag 2012: Recht und Willkür

Die acht in der Union zusammengeschlossenen deutschen Akademien der Wissenschaften laden einmal im Jahr zum Akademientag ein, um einer breiten Öffentlichkeit ihre Arbeit vorzustellen.

Der diesjährige Akademientag, der unter der Federführung der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen am 18. Juni 2012 in Hannover stattfand, widmete sich dem Thema „Recht und Willkür“. In Vorträgen und Diskussionsrunden beleuchteten Rechtswissenschaftler und Historiker dieses hochbrisante Gegensatzpaar aus aktueller und historischer Sicht. Zusätzlich gaben 12 Projekte aus den Akademien Einblicke in ihre Forschung. Den Beitrag der Bayerischen Akademie der Wissenschaften lieferte JunProf. Daniel Leese, seit 2011 Mitglied des BAdW-Förderkollegs, mit seiner Präsentation zeitgenössischer Dokumente und Bilder zum Erbe des Maoismus, die er gemeinsam mit einer Projektmitarbeiterin vorstellte. Der Tag endete im Rahmen einer feierlichen Abendveranstaltung mit dem Streitgespräch „Humanitäre Interventionen zum Schutz der Menschenrechte?“.

www.akademienunion.de/anlass/2012-06-18



bleiben geschlossen. Es existiert aber eine Fülle quasi-archivalischer Materialien, die neben internen Parteidokumenten, Gerichtsurteilen und Zeitzeugeninterviews Auskunft über diese Zeit geben. Anhand ausgewählter Fallstudien werden im Rahmen eines am Förderkolleg der Bayerischen Akademie der Wissenschaften angesiedelten Projekts die Leistungen und Grenzen maoistischer Vergangenheitsbewältigung rekonstruiert und damit für vergleichende Forschungen zum Umgang mit dem Erbe diktatorischer Willkürherrschaft verfügbar gemacht. Und nicht zuletzt trägt die Entwirrung der komplexen historischen Zusammenhänge zu einem besseren Verständnis der Hintergründe der aktuellen chinesischen Politik bei.

■ Personalakte aus einem administrativen Revisionsverfahren aus dem Jahr 1978 (Kreis Heishan, Provinz Liaoning).